



Gedenk stätten für die Opfer des National sozialismus

Eine
Dokumentation

II

Berlin
Brandenburg
Mecklenburg-Vorpommern
Sachsen-Anhalt
Sachsen
Thüringen

Gedenkstätten

für die Opfer des Nationalsozialismus

Eine Dokumentation

Bonn 2000

Band II:

Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen

Autorinnen: Stefanie Endlich (Berlin, Brandenburg) / Nora Goldenbogen (Sachsen) / Beatrix Herlemann (Sachsen-Anhalt) / Monika Kahl (Thüringen) / Regina Scheer (Mecklenburg-Vorpommern)

© Bundeszentrale für politische Bildung

Konzeption, Projektleitung, Lektorat, Redaktion: Ulrike Puvogel

Redaktionelle Mitarbeit: Jutta Klaeren

Adressen / Telefonnummern: Stand Juni 2002

Redaktionsschluß: Herbst 1997/1998

Fotos: s. Bildnachweis

Umschlaggestaltung: Norbert Josef Riese unter Verwendung eines Fotos von Uwe Dähn

Karte: Itamar Geyer Design, Bonn, unter Verwendung kartographischen Grundlagentmaterials der Westermann Schulbuchverlag GmbH, Braunschweig

Eine Buchhandelsausgabe ist im Verlag Edition Hentrich Berlin erschienen.

Satzherstellung und Internetaufbereitung: Medienhaus Froitzheim AG, Bonn, Berlin

Druck: Druckhaus Oberpfalz, Amberg

ISBN 3-89331-391-5

Umschlagbild: Ausschnitt aus einem Sandsteinrelief von Jo Jastram im Park der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin an den Gräbern der Opfer des KZ-Außenlagers, errichtet 1960, im Februar 2002 geschändet und schwer beschädigt.

Inhalt

Statt eines Geleitwortes: Auszug aus einer Rede von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am 24. Oktober 1999 in Buchenwald	7
Einleitung	11
<i>Ulrike Puvogel</i>	
Gedenkstätten in:	
Berlin (Stadtbezirke: s. Ortsregister)	27
<i>Stefanie Endlich</i>	
Brandenburg	229
<i>Stefanie Endlich</i>	
Mecklenburg-Vorpommern	379
<i>Regina Scheer</i>	
Sachsen-Anhalt	497
<i>Beatrix Herlemann</i>	
Sachsen	607
<i>Nora Goldenbogen</i>	
Thüringen	779
<i>Monika Kahl</i>	
Anhang	
Auswahlbibliographie – länderübergreifend –	916
Ortsregister	921
Namenregister	943
Sachregister	973
Die Autorinnen	990
Bildnachweis	991
Thematische Karte	992
– Legende	993
– Gesamtansicht	994
– Kartensegmente (16)	992; 995–1009

Statt eines Geleitwortes

»Das Gedächtnis speichert nicht nur Ereignisse, es vergißt sie auch. Dies ist eines seiner Verdienste wie auch eine seiner Gefahren. Im Laufe der Jahrhunderte erwächst die Identität eines Volkes aus den Erinnerungen, denen es sich stellt, die es pflegt oder vergißt, ja sogar verdrängt.« Das sind Sätze aus einer Rede von Lionel Jospin, dem französischen Premierminister, gehalten im September 1999 in Genshagen in Brandenburg auf einem Kolloquium ›Historische Erinnerung und Identität‹.

... Um das gemeinsame Erinnern an das Geschehene hat es in den vergangenen Monaten und Jahren im gemeinsamen Deutschland, in der deutschen Öffentlichkeit intensive Debatten gegeben. Ich will auf die Art und Weise dieser Auseinandersetzungen nicht eingehen, besonders nicht über Stilfragen urteilen... Wichtiger und zukunftsweisender scheint mir die Feststellung, daß diese Diskussion notwendig und nützlich war und ist. Wenn ich sie richtig wahrgenommen habe, haben diese Debatten deutlich gemacht, daß wir derzeit in Politik und Gesellschaft in einem Generationenwechsel stehen. Vieles von dem, was zuletzt kontrovers erörtert wurde, hängt wohl zusammen mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Erfahrungen und Sichtweisen: Zur Generation derer, die die Schrecken des Nationalsozialismus aus eigenem Erleben, aus schlimmster Erfahrung kennen, und der Generation der Töchter und Söhne der Opfer und Täter treten die jüngeren Generationen, denen das Ausmaß des Grauens, die Mechanismen der Ausgrenzung, die menschen-

verachtende Brutalität der Täter, die Ignoranz oder die Gleichgültigkeit der Masse und vor allem das unermeßliche Leid der Opfer nur über historisches, also vermitteltes Wissen zugänglich gemacht werden kann. Die Frage dieser Vermittlung müssen wir deshalb über fünf Jahrzehnte nach der Befreiung von Buchenwald neu diskutieren. Die Debatte hat gezeigt, daß veränderte und erweiterte Zugänge zum Geschehenen notwendig sind. Wir brauchen den gesellschaftlichen Diskurs über das richtige Maß, die angemessenen Formen des Erinnerns, ›gerechtes Erinnern‹, das so schwer zu finden, zu verwirklichen, durchzuhalten ist, weil wir Deutsche uns ja einer doppelt belastenden Vergangenheit stellen müssen. Und genau deshalb ist gerechtes Erinnern so notwendig. Das richtige Maß, die angemessene Form zu finden, verlangt nach einer Prüfung in zweierlei Richtung: Was ist dem entsetzlich Geschehenen angemessen? Was ist für Gegenwart und Zukunft richtig? Ein Zuviel kann ebenso problematisch sein wie erst recht ein Zuwenig. ›Darf man nicht wissen wollen?‹ – So hat Thomas Mann gefragt und nach 1945 mit einem entschiedenen Nein geantwortet. Und dieses Nein gilt bis heute für alle Demokraten. Halten wir daran fest: Verpflichtende Erinnerung, Eingedenken der Leiden der Opfer, Übernahme der geschichtlichen Verantwortung – das war das moralische Fundament, das gehörte zur *raison d'être* der neubegründeten deutschen Demokratie, der Bundesrepublik Deutschland. Der antifaschistische Impuls gehörte auch zur Gründung der DDR, das dürfen wir nicht vergessen.

Es gibt keine kollektive Schuld, gewiß, aber das heißt nicht, daß die Katastrophe von 1933 bis 1945 im kollektiven Gedächtnis der Deutschen je getilgt werden dürfte. In ihm muß vielmehr unser fester Wille aufbewahrt sein, nie wieder eine solche schreckliche Diktatur in welcher Form auch immer zuzulassen. Es ist deswegen eben die Aufgabe der jetzigen wie der künftigen Generationen, durch die Übernahme der politischen Haftung Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen und das Bewußtsein für die von einem deutschen Staat begangene Unmenschlichkeit wachzuhalten. Die Vergegenwärtigung des Vergangenen darf deswegen keine lästige Trauer sein und schon gar nicht in formeller Ritualisierung erstarren, sowenig Erinnerung gänzlich ohne Riten auskommt. Gerade wegen dieser gemeinsamen Grundüberzeugung gilt es, uns in Gesellschaft und Politik über die Art und Weise des Erinnerns und Gedenkens immer neu zu verständigen. Ich will in diesem Zusammenhang auf zwei problematische Erfahrungen hinweisen. Zum einen: Historische Aufklärung ist notwendig, sie soll und kann politisches Bewußtsein schaffen und das Geschehene in Erinnerung rufen. Daß sie auch zur Trauer um die Toten, zur Empathie mit den Opfern führt, dessen können wir nicht mehr so sicher sein. Zur Dialektik der Aufklärung – das wissen wir inzwischen – gehört eben auch, daß sie als einseitige, gar bloß rationale ihr Gegenteil bewirken kann, nämlich die Kälte der Verdrängung und Gleichgültigkeit. Insofern darf gerade in der Annäherung an die nationalsozialistischen Verbrechen nicht versäumt werden, das Entsetzliche so zu vermitteln, daß es auch mit dem Herzen erfahren und begriffen wird. Insofern auch ist Gedenken immer mehr als aufgeklärtes Wissen, so sehr dieses Gedenken immer auch und neu des Anstoßes durch historisch bestimmte Erinnerung bedarf. Zugleich aber gilt es, den jungen Menschen historisches Wissen und emotionale Betroffenheit so zu vermitteln, daß sie eine Beziehung zur Gegenwart, also gegenwärtige moralische Sensibilität und politische Verantwortung ermöglichen. Betroffenheit, die bloß ratlos macht, Wissen, das folgenlos bleibt – solcherart Ergebnisse von Erinnerungsarbeit sind nicht menschengemäß und sind gesellschaftlich wirkungslos. Die Gefährdungen der Demokratie, die Mechanismen von Stigmatisierung und Ausgrenzung, die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Intoleranz und Rassismus zu begreifen und mit diesem Wissen und Empfinden die Gegenwart beobachten und in ihr zu handeln, darum geht es. Was damals Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, politische Gegner waren, das können heute andere Personen und Gruppen sein, die durch Stigmatisierungsprozesse ausgegrenzt werden. Und solcherart Ausgrenzung mit Rassismus und Gewalt findet statt in Deutschland ...

Eine zweite problematische Erfahrung aus der DDR: Gedenken darf niemals einfach verordnetes, gar zwanghaftes Erinnern sein. Dies hat der staatlich angeordnete Antifaschismus uns nachdrücklich vor Augen geführt. Aus einem ehemals authentischen und glaubwürdigen Antifaschismus wurde ein ideologisches Herrschaftsinstrument zur moralischen Legitimierung der SED-Diktatur. So wurden Gedenken und Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen von vielen zunehmend als autoritär und formelhaft empfunden und waren von problematischer Wirkung. Die Erfolge der Rechtsextremisten gerade in ostdeutschen Ländern sind ein spätes Echo solch unfreier Erinnerung.

Wenn wir diese widersprüchlichen Erfahrungen ernst nehmen, dann können wir mit aufmerksamer Gelassenheit feststellen: Jede Generation hat das Recht und die Pflicht, ihre eigene Form des Gedenkens zu entwickeln. Sie muß sich dem Geschehen auf ihre Art und Weise stellen, ihren eigenen Zugang suchen und finden. Nur so halten wir unser kollektives Gedächtnis in einer Weise lebendig, die für Jüngere und Ältere, für Angehörige der Erlebnisgeneration wie ihre Kinder und Kindeskinde einen gemeinsamen Horizont des Verstehens und zugleich eine Basis des Gesprächs über das Geschehene bietet. Ich halte es im übrigen für ein Zeichen der Stärke unserer parlamentarischen Demokratie, daß wir über diese Fragen so intensiv debattieren. Es ist ein Stück Selbstaufklärung der Gesellschaft, wenn sie öffentlich darüber diskutiert, wie sie mit der Vergangenheit, mit der Erinnerung an die Zeiten der Inhumanität und Menschenverachtung, der Diskriminierung und des Genozids umgehen kann und will ...

In unserer Erinnerungskultur haben die Gedenkstätten wegen ihrer unüberbietbaren Authentizität eine ganz wichtige, aber keine ausschließliche Aufgabe zu erfüllen. Das dichte Netz der Gedenkstätten macht zudem auf irritierende Weise deutlich, wie benachbart der Schrecken exekutierte wurde. Schon diese Nachbarschaft des Verbrechens ist eine wichtige Erfahrung, insbesondere für Jugendliche. Für die Breite der Jugendbildungsarbeit, aber auch in ihren humanitären und wissenschaftlichen Funktionen spielen die Gedenkstätten eine ganz unverzichtbare Rolle. So engagiert ich für die Errichtung des Holocaust-Denkmal war und bin, so nachdrücklich bin ich also für den Erhalt, die Pflege der Gedenkstätten an den authentischen Orten und für jegliche nur mögliche Unterstützung ihrer wichtigen Arbeit ... Beide Plätze – authentische und symbolische Orte – haben ihre Berechtigung und müssen auf ihre je besondere Weise zu einem politischen Selbstverständnis beitragen, >... in das die Tat ... und damit die Erschütterung über das Unsagbare, das den Opfern angetan worden ist, als persistierende Beunruhigung und

Mahnung eingebrannt ist, wie es Jürgen Habermas ausgedrückt hat. Sie müssen beitragen zu einem politischen Selbstverständnis, das in der Erinnerung an die Diktatur, nein, an die Diktaturen und ihre Opfer das Bewußtsein von der Kostbarkeit und Zerstörbarkeit der Demokratie wachhält.

Wo immer erinnerndes Gedenken ermöglicht wird, es geht nicht um Inszenierung für Gefühle. Es geht nicht um Trauer, die in ihrer Hilflosigkeit in schlichte Rührung mündet – und sich darin erschöpft, noch weniger um formelle Rituale, die abstupfen und das Gedenken an die Opfer zur Selbstbestätigung mißbrauchen. Es geht darum, zu einer emotionalen und intellektuellen Erinnerungsarbeit herauszufordern und diese durch historische Aufklärung zu ermöglichen und zu unterstützen ...

Ich bin im übrigen nicht so pessimistisch, was die nachwachsenden Generationen angeht ... Auch wenn die Nachunskommenden ihre eigenen Formen des Gedenkens entwickeln werden, die womöglich unseren Kategorien nicht immer entsprechen: Haben wir Grund zu der Annahme, daß sie weniger verletzbar wären, weniger Gefühle hätten als wir oder daß wir begabter wären für Trauer und Empathie? Authentische Erfahrung haben nur die, die der Hölle entronnen sind. Wir anderen sind auf Vermittlung angewiesen, auf Imagination und auf unsere Kraft und Bereitschaft, daß wir uns auf den Schmerz einlassen und lernen, ihn zu ertragen.

Bei Heinrich Heine heißt es: ›... nur der verwandte Schmerz entlockt uns die Träne ...‹

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seiner Rede am 24. Oktober 1999 in Buchenwald anläßlich des Festakts zum Abschluß der Neukonzeption der Gedenkstätte Buchenwald.

Einleitung

Mit dem politischen Umbruch in der Deutschen Demokratischen Republik im Herbst 1989 und mit der Vereinigung Deutschlands öffneten sich die Schranken, die eine gemeinsame Auseinandersetzung der Deutschen Ost und West mit ihrer gemeinsamen nationalsozialistischen Vergangenheit jahrzehntelang versperrt und im geteilten Deutschland zu zweierlei Erinnerungen an die Verbrechen des NS-Regimes und zu einem unterschiedlichen Umgang mit diesem Erbe geführt hatten, begründet in unterschiedlichen politischen Prägungen und in den Allianzen des Kalten Krieges. Die Öffnung dieser Schranken ist eine Herausforderung zur Verständigung über die gemeinsame Geschichte und über Wege und Formen eines gemeinsamen Erinnerns und Gedenkens als Elemente unserer politischen Kultur.

Die vorliegende Dokumentation über Gedenkstätten in Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen soll eine Orientierung geben bei dem Bemühen um konkretes Erinnern und Gedenken an Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft umgekommen oder ermordet worden sind, Opfer von Verfolgung aus politischen, rassistischen, religiösen, weltanschaulichen und anderen Gründen, Opfer der NS-Justiz wegen Widerstand und Verweigerung, die in Gefängnissen und Zuchthäusern gequält, gefoltert und umgebracht wurden, Opfer der Vernichtung durch Konzentrationslagerhaft, Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft, Opfer der »Euthanasie«-Tö-

tungsaktionen an Menschen, deren Leben als »lebensunwert« erklärt wurde, Opfer von Mord und Terror in den letzten Kriegstagen bei der Auflösung der Lager und auf den »Todesmärschen«.

Sie erinnert an Opfer des Nationalsozialismus, die durch den NS-Terror umkamen. Erinnerungen an Menschen, die die Verfolgung in Deutschland oder im Exil überlebt haben, sowie Gedenkorte für Opfer militärischer Handlungen und von Kriegsfolgen sind – mit einigen begründeten Ausnahmen wie das Deutsch-russische Museum Berlin-Karlshorst in Berlin-Lichtenberg oder die Gedenkstätte »Seelower Höhen« in Brandenburg – nicht einbezogen, da es sich nicht um eine Gesamtdarstellung der NS-Verfolgung und des Widerstands gegen das Regime handelt.

Die Dokumentation führt zu Gedenkstätten an konkreten historischen Orten des Geschehens, Orte der Erinnerung und des Gedenkens der Opfer im ganz persönlichen Sinne, Orte, die für die nachfolgenden Generationen Nähe zu dieser Vergangenheit schaffen und die Verbrechen des Regimes veranschaulichen. Sie lenkt die Aufmerksamkeit auf Gräber und Friedhöfe, auf Denkmäler, Mahnmale, Gedenksteine und -tafeln, symbolische Orte des Gedenkens, an denen wir im Alltag vorübergehen, die uns anstoßen zu Nachfragen, zu einem Aufbrechen der Geschichte in unserem lokalen Umfeld und in der Region.

Sie nennt auch einige Defizite, nicht oder nicht ausreichend vorhandene Erinnerungszeichen an Orten von NS-Verbrechen.

Der Band ergänzt die Dokumentation über Gedenkstätten in den Ländern der alten Bundesrepublik, die im Dezember 1995, am Ende des besonderen Gedenkjahres anlässlich des 50. Jahrestags des Kriegsendes und der Befreiung vom Nationalsozialismus, als Band I erschienen ist¹. Dieser zeigt, daß die Geschichte der Gedenkstätten in Westdeutschland noch jung ist. Mit wenigen Ausnahmen beginnt sie – vor dem Hintergrund eines seit den 70er Jahren namentlich in der jüngeren Generation wachsenden Interesses an der lokalen und regionalen Geschichte des Nationalsozialismus und der Erforschung verschütteter Spuren und verdrängter Kapitel dieser Geschichte – relativ spät, erst Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, mit der Errichtung von Gedenkstätten an originalen Orten der NS-Verbrechen und der Schaffung zahlreicher Mahnmale, Gedenksteine und -tafeln als sichtbare Zeichen des Bemühens, alltägliche Erinnerung ins gemeinsame öffentliche und auch ins individuelle Bewußtsein zu rücken – ein Prozeß, der sich über einen langen Zeitraum erstreckt und auf vielen Ebenen noch im Gang ist².

Verschiebung der Blickrichtung nach dem politischen Umbruch

Dieser Folgeband stand vor einer anderen, vielschichtigen und komplexen Ausgangssituation: In den Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik treffen verschiedene Zeitebenen aufeinander – die Geschichte der NS-Zeit, die Geschichte der DDR und das vereinigte Deutschland. Mit dem Ende der DDR und mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit zweier politischer Kulturen haben sich die Perspektiven auf die deutsche Geschichte, im besonderen auf die NS-Geschichte, verschoben. Die DDR-Geschichte und die Auseinandersetzung mit dem SED-System, die Diskussionen um die Verbrechen des Stalinismus und der SED-Diktatur, um Fragen der Vergleichbarkeit des nationalsozialistischen und des stalinistischen Verfolgungssystems rückten in den Vordergrund des politisch-historischen Interesses. Die NS-Vergangenheit wird überlagert von der DDR-Vergangenheit und ihrer vom offiziellen Geschichtsbild gelenkten Erinnerungspolitik³.

Die Erarbeitung der Dokumentation fiel zusammen mit dem noch anhaltenden tiefgreifenden Prozeß der Umorientierung und des Wandels in den Gedenkstätten in Ostdeutschland. Dies betrifft neben den großen früheren »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« auf dem Gelände der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, die in den Brennpunkt der öffentlichen

Aufmerksamkeit und des Diskurses über die Bewertung der jüngsten deutschen Geschichte gerieten, auch viele kleinere Gedenkstätten an Orten von NS-Verbrechen und einige neu entstandene oder geplante an historischen Orten, an denen die Sicherung originaler Überreste erst nach 1990 begann oder die erst nach dem Abzug der ehemaligen sowjetischen Truppen wieder zugänglich wurden. Einem starken Wandel unterworfen waren und sind auch die symbolischen Gedächtnisorte aus der DDR-Zeit, die, ebenso wie Mahnmale, Gedenksteine und -tafeln in der alten Bundesrepublik, Dokumente ihrer Zeit sind in dem, was sie sagen und zeigen oder was sie ausblenden, Zeugnisse für den Umgang der Gesellschaft mit Fragen des Erinnerns und Gedenkens. Nach dem Beitritt der früheren Länder der DDR zur Bundesrepublik hat es in der Anfangsphase mancherorts eine Art bilderstürmenden Kahlschlags gegeben. In vielen Gemeinden kam es zu raschen Änderungen,

- 1 Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Band I: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein (Autoren: Martin Stankowski/Ulrike Puvogel [Redaktion], unter Mitarbeit von Ursula Graf), Bonn, Dez. 1995. (Basierend auf: Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.], Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Text u. Zusammenstellung: Ulrike Puvogel, Bonn 1987 [Schriftenreihe der Bundeszentrale Band 245].)
- 2 Vgl. dazu den kurzen Abriss in der Einleitung zu Band I und die dortigen Literaturhinweise unter Anmerkung 3.
- 3 Vgl. u. a.: Bernd Faulenbach, »Probleme einer Neukonzeption von Gedenkstätten in Brandenburg. Eine Einführung«, und: »Zu den Schwierigkeiten eines Diskurses über die Neukonzeption von Gedenkstätten. Nachwort«, in: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes. Perspektiven, Kontroversen und internationale Vergleiche, Hrsg.: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung. Redaktion: Stefanie Endlich, Berlin 1992, S. 12–20 u. 200–204; ders., »Erinnerung und Politik in der DDR und der Bundesrepublik. Zur Funktion der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus«, in: Deutschland Archiv 4/1997, S. 599–604; ders., »Gedenkstätten im gesamtdeutschen Diskurs«, in: Erinnern und Gedenken, Veröffentlichung der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag, Reihe Dokumente, Nr. 7/1998, S. 31–43; Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995, S. 34–47 u. a., überarbeitete Ausgabe Frankfurt a. M. 1999 (Fischer Taschenbuch, Reihe »Die Zeit des Nationalsozialismus«), S. 21–30 u. a.

zu Standortwechseln, Umgestaltungen und Umwidmungen mit neuen Sichtweisen und Pauschalisierungen oder auch zu Zerstörungen und Abräumungen.

So wurde in Thüringen auf dem Neuen Friedhof von Bad Langensalza ein in einem »Ehrenhain für antifaschistische Widerstandskämpfer« errichteter Obelisk mit dem DDR-Emblem und der Aufschrift »Die Toten sind unvergessen« 1989 entfernt und durch einen neuen Stein ersetzt mit der Inschrift »Den Opfern des Faschismus, Stalinismus und anderer Gewaltherrschaft«. Mit einem neuen Text anstelle der früheren formelhaften russischen Inschrift auf einem Gedenkstein auf dem Friedhof bei Frauenwald, wo acht im April 1945 von Wehrmachtsangehörigen erschossene und zwei im Lager verstorbene sowjetische Zwangsarbeiter beerdigt sind, wurde die Aussage durch die Worte »Im Gedenken an sowjetische Zwangsarbeiter 1945« konkretisiert, aber ein angesichts der Identität der hier begrabenen Toten und ihres Schicksals unzumutbar pauschalisierender Zusatz hinzugefügt: »... und die unschuldigen Opfer der totalitären Regime«. Im brandenburgischem Ort Lehnitz, um ein weiteres Beispiel anzuführen, entfernte man von einem kleinen Mahnmal aus der frühen Nachkriegszeit das Emblem des roten Dreiecks und überdeckte die Inschrift »Den Toten zu Ehren / den Lebenden zur Pflicht« durch eine schwarze Platte mit einer geknickten Rose und den Worten in goldenen Buchstaben »Den Opfern von Kriegen und Gewaltherrschaft«. In Brieskow-Finkenheerd, ebenfalls im Land Brandenburg, wurde nach 1989 ein Ehrenmal für Opfer eines Zwangsarbeitslagers, darunter auch jüdische Gefangene aus verschiedenen Ländern, eine 1953 erbaute große Dreieckskomposition aus Stein und Ziegeln mit den Buchstaben »KZ« und der Inschrift »Den toten Opfern 1933–1945«, abgeräumt, als auf der gegenüberliegenden Seite des Mahnmalplatzes ein Einkaufszentrum gebaut wurde. Im sächsischen Oelsnitz (Erzgebirge) wurde nach 1990 ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer des dortigen SA-Terrors im Frühjahr 1933 umgewidmet durch die nivellierende Inschrift: »Zum Gedenken der Opfer jeglicher Gewaltherrschaft / 30. 1. 1933 – 9. 11. 1989«. Diese Beispiele ließen sich, auch in den anderen Ländern, durch zahlreiche weitere fortsetzen.

Zur Geschichte und Entwicklung der Gedenkkultur in Ostdeutschland

In den Städten, Dörfern und Gemeinden und auf Friedhöfen der ehemaligen DDR begegnen uns auffallend viele Mahnmale, Gedenksteine und -tafeln, Ehrengräber und Grabsteine für Zwangsarbeiter und

Kriegsgefangene und für zahllose auf den »Todesmärschen« und Transporten in den letzten Kriegstagen umgekommene und ermordete KZ-Häftlinge, die häufig zunächst direkt am Todesort oder an der Mordstelle von SS-Bewachern verscharrt worden waren und später auf dem Ortsfriedhof beigesetzt wurden. Die ersten Erinnerungszeichen, Gedenk- und Grabsteine stammen aus den Wochen und Monaten unmittelbar nach Kriegsende und aus den frühen Nachkriegsjahren. Sie wurden von überlebenden Verfolgten gesetzt, die den Tod ihrer Kameraden als – so die Inschrift auf manchen der Steine – »Mahnung und Verpflichtung für die Lebenden« sehen wollten, und vielerorts auf Initiative von Verfolgten- und Opfergruppen wie den 1945 gebildeten Ausschüssen »Opfer des Faschismus« (OdF) und der im Februar 1947 von Überlebenden verschiedener Verfolgengruppen gegründeten »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN). Einige Gedenksteine nennen jüdische Opfer, so eine Gedenkanlage in einer Sandgrube in Salzenforst (Sachsen) aus dem Jahre 1948, die an 43 jüdische Frauen erinnert, »auf dem Wege von Auschwitz nach Buchenwald von SS-Horden ermordet«, oder ein ebenfalls 1948 auf dem jüdischen Friedhof im sächsischen Zittau errichteter Stein »zum Gedenken der vierzig jüdischen Seelen der Städte Zittau und Löbau, die in den Jahren 1933–1945 hingerichtet, ermordet, vergast und verbrannt wurden«; andere Beispiele stammen aus den frühen 50er Jahren wie ein Gedenkstein auf dem Friedhof von Falkenstein (Sachsen) mit dem Davidstern und den Worten »zum Gedenken der 65 jüdischen Kameraden« oder ein im brandenburgischen Wittstock errichteter Gedenkstein zur Erinnerung, daß »faschistischer Rassenhaß . . . im Jahr 1933 diesen Friedhof der Jüdischen Gemeinde (schändete)«, enthüllt am 9. November 1952 vom Rat der Stadt Wittstock, der »im Geiste wahrer Menschlichkeit und Rassenachtung . . . diese Stätte pflegen (wird)«.

Zu den Erinnerungsstätten aus den frühen Nachkriegsjahren gehört auch die Vielzahl der auf Veranlassung von Offizieren der Roten Armee und der Sowjetischen Militäradministration errichteten sowjetischen Ehrenmale und Ehrenfriedhöfe für die unzähligen in Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit umgekommenen Landsleute und für häufig neben diesen beigesetzte Opfer auch anderer Nationalitäten. Die Inschriften auf den Gedenksteinen erinnern meist in formelhaftem Russisch an »im Kampf gegen den Hitlerfaschismus für die Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Heimat gefallene sowjetische Staatsbürger«. Nach dem politischen Umbruch gab es vielfach einen würdelosen Streit um die Frage der Finanzierung von Restaurierungen und Erhalt dieser Geschichtsdenkmäler und Gräber, denen oft Verfall, Umgestaltung und Verlagerung

von zentralen Plätzen in abgelegene Winkel drohte. Im deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag vom 9. November 1990 heißt es im Artikel 18, »daß die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den sowjetischen Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, geachtet werden und unter dem Schutz der deutschen Gesetze stehen. Das gleiche gilt für die sowjetischen Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt.«

Auch amerikanische Truppen setzten einige erste Mahnmale zur Erinnerung an nationalsozialistische Verbrechen. So informiert in Gardelegen, Sachsen-Anhalt, eine Gedenktafel über den am 13. April 1945, kurz vor dem Eintreffen der US-Armee, verübten Mord an 1 016 KZ-Häftlingen, für die das Gräberfeld von Einwohnern der Stadt unter Aufsicht der Amerikaner angelegt wurde. Die Tafel war zu DDR-Zeiten in einem Geräteschuppen abgestellt. Ein weiteres Beispiel ist eine Gedenktafel auf einem Ehrenfriedhof in Hagenow in Mecklenburg-Vorpommern für 144 Häftlinge des KZ-Außenlagers Wöbbelin, die von amerikanischen Soldaten bei der Befreiung des Lagers am 2. Mai 1945 tot oder sterbend aufgefunden worden waren.

Viele der frühen von überlebenden Verfolgten und auf Initiative der VVN errichteten Mahnmale und Tafeln waren, auch künstlerisch, noch individuell gestaltet und hatten Bezug zu lokalen Geschehnissen und Personen. Sie zeugten von der Bereitschaft zu gemeinsamer, überparteilicher Erinnerung an Leiden und Widerstand. Diese kam auch in gemeinsamen Kundgebungen von Überlebenden unterschiedlicher politischer, weltanschaulicher und religiöser Richtungen zum Ausdruck und in dem breiten Spektrum des Widerstands, das der am 3. Juni 1945 gegründete Hauptausschuß »Opfer des Faschismus« (OdF) bei der Abteilung Sozialwesen des Berliner Magistrats repräsentierte, dessen Vorstand Mitglieder der KPD und der SPD, Vertreter des 20. Juli 1944 und der jüdischen und christlichen Verfolgten angehörten, sowie in den Bestrebungen der VVN, die sich zunächst als sozialer Verband und überparteiliche Interessenvertretung aller Verfolgtengruppen verstand und auf deren Politik jüdische Mitglieder durch ihre zahlenmäßige Stärke bis 1949 großen Einfluß hatten. Auch die Erklärung des zweiten Sonntags im September zum »Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus« (»OdF-Tag«), der vom OdF-Hauptausschuß zum ersten Mal am 9. September 1945 organisiert wurde und in Ostdeutschland bis zum Ende der DDR ein wichtiges Datum blieb, erfolgte auf gemeinsames Einverständnis hin und setzte Zeichen für eine alle Opfer der NS-Verfolgung und des Widerstands umfassende Erinnerung⁴.

Schon früh wurde bei der Gestaltung von Mahnmalen spontan der rote Winkel, ein auf der Spitze ste-

hendes Dreieck, Kennzeichen der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern, als gemeinsames Symbol zur Erinnerung an unterschiedliche Opfergruppen gewählt, häufig mit den Buchstaben »KZ«, später mit der Aufschrift »VVN«, »VdN« (Verfolgte des Naziregimes) oder »FIR« (Fédération Internationale des Résistants / de la Résistance – Internationaler Verband der Widerstandskämpfer mit Sitz in Genf) darüber.

Der Beginn des Kalten Krieges 1948/49 und die Stalinisierung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) führten zu einer zunehmenden Einengung, Vereinheitlichung, Entkonkretisierung und Ritualisierung des offiziellen Gedenkens. Der rote Winkel wurde nunmehr zum staatlich vorgeschriebenen, zentralen Emblem der Denkmäler. In einem Brief des Rates des Kreises Ribnitz-Damgarten im damaligen Bezirk Rostock betreffend »V.d.N.-Gedenkstätten, Verordnung vom 26. 1. 1954« an den Rat der Stadt Barth vom 26. Januar 1955 heißt es: »Um eine einheitliche Gestaltung unserer Gedenkstätten zu sichern, ist bei Aufstellung neuer Gedenkstätten lediglich der dreieckige Winkel als bleibendes Symbol der ehemaligen politischen Gefangenen bei künstlerischer Gestaltung zu verwenden. Unzulässig ist jedoch jede Bezeichnung VVN, VdN, Konzentrationslager ...«. So wurden von einer Betonmauer am Eingang zur Grab- und Gedenkstätte auf dem Ge-

4 Vgl. Olaf Groehler, »Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der SBZ und DDR«, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995 (Zeithistorische Studien, Band 4), S. 17–30, hier bes. S. 23 f., S. 27; Jeffrey Herf, Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland. Deutsche Ausgabe, Berlin 1998, S. 87–129.

Auch in den westdeutschen Besatzungszonen gab es Dienststellen »Opfer des Faschismus«. So heißt es in einem 1946 erschienenen Buch »Häftling ... X ... in der Hölle auf Erden« von Udo Dietmar aus Erfurt, überlebender Häftling der Lager Buchenwald, Natzeweiler und Dachau: »Der Reinerlös aus dem Verkauf dieses Buches ist auf Wunsch des Verfassers für die Opfer des Faschismus bestimmt und wird durch die Landesbetreuungsstelle ›Opfer des Faschismus‹ in Ludwigshafen am Rhein verteilt. Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz, Abteilung Finanzen und Forsten.« Im Vorwort des Verfassers heißt es (1946): »Besonders die ewig Gestrigen soll es wachrütteln, die vom Zeitgeschehen wenig berührt sind, die noch glauben, alles wäre gut geworden, wenn Deutschland, das heißt der Nationalsozialismus, den Krieg gewonnen hätte ...«. (Das Buch erschien in allen Besatzungszonen. Die hier zitierte Ausgabe für die französische Zone, erschienen in Mainz, wurde 1997 auf einem Flohmarkt entdeckt.)

lände des ehemaligen KZ-Außenlagers Barth mit einem großen roten Winkel die Buchstaben »KZ« in der ursprünglichen Aufschrift »Mahnmal KZ Barth« nach der Einweihung am 8. Mai 1966 wieder entfernt. Die Autorin des Kapitels Mecklenburg-Vorpommern im vorliegenden Band, Regina Scheer, nennt als Hintergrund dieser Anweisung der DDR-Regierung »ein

wachsendes Mißtrauen der Parteiführung, die ihre Emigrationsjahre vor allem in Moskau verbracht hatte, gegenüber den im Lande gebliebenen Kommunisten, die nicht durch die Schule des Stalinismus gegangen waren. Der Einfluß der deutschen Antifaschisten, die nicht in der Sowjetunion gelebt hatten, sollte zurückgedrängt werden.«⁵ Vorausgegangen war im Februar 1953 die als Selbstauflösung ausgegebene Auflösung der VVN auf Beschluß der SED-Führung. Für diese war die VVN, deren 1951 konstituierte und vom Zentralkomitee der SED gebilligte Gedenkstättenplanungs-Kommission zur Mitteilung aller Aktivitäten an das ZK verpflichtet war, offenbar »ein Hindernis für ihren Alleinvertretungsanspruch in Sachen Antifaschismus«⁶. Die offizielle Begründung lautete, »die Entwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung der DDR« habe zur »Ausrottung aller Wurzeln des Faschismus« geführt. Die wichtigsten Aufgaben der DDR bestünden nun in der »Stärkung und Festigung der sozialistischen Staatsmacht und des friedlichen Aufbaus«⁷. Das gesamte VVN-Archiv wurde dem Partei-Archiv der SED übergeben, der größte Teil des Buchenwald-Archivs von der Staatssicherheit beschlagnahmt.⁸ Das Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der SED wurde zuständig für die Dokumentation der Geschichte des Widerstandskampfes, welche die VVN seit 1947/48 intensiv betrieben hatte. Die Auflösung der VVN bedeutete praktisch zugleich »die erinnerungspolitische Entmachtung der in ihr organisierten Konzentrationslagerhäftlinge«⁹. Die Gedenkstättenarbeit ging nunmehr völlig in die Hände staatlicher Organe über. An die Stelle der VVN trat 1953 das »Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer«, ein Gremium von etwa 25 vom ZK der SED berufenen und von dessen Instruktionen abhängigen Personen, das schon in seinem Namen allein die Widerstandskämpfer repräsentierte. Aus der offiziellen Erinnerung sollte das Schicksal derer, die »nicht gekämpft hatten«, ausgeblendet werden¹⁰. Seit Anfang der 50er Jahre wurde das Spektrum der Opfergruppen von Verfolgung und Widerstand im offiziellen Gedenken zunehmend eingeschränkt: Antifaschismus wurde gleichgesetzt mit kommunistischem Widerstand. Die Vernichtung der Juden in Europa war ein Randthema. Ausgeblendet wurde der Widerstand von Sozialdemokraten, Konservativen, Liberalen und Christen sowie der militärische Widerstand des 20. Juli 1944, der erst in den 80er Jahren umbewertet und allmählich in das Gedenken einbezogen wurde. Die Rolle der Religionsgemeinschaft der 1950 als weltanschaulich feindliche Kräfte verbotenen Zeugen Jehovas in der NS-Zeit wurde diffamiert. Unbeachtet blieben die ermordeten Zigeuner (Sinti und Roma), die Opfer der »Euthanasie«-Morde, Homosexuelle und andere Verfolgte. Die

- 5 In den vom Institut für Denkmalpflege in der DDR beim Ministerium für Kultur – seit 1960 zuständig für die Gedenkstätten – in einer Broschüre »Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik. Zur Gestaltung und Pflege politischer Gedenkstätten«, Berlin o. J. (1981), veröffentlichten Gestaltungsvorgaben wird die einengende Verordnung von 1954 bekräftigt: »An Denkmälern und Gedenktafeln für antifaschistische Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus wird der rote Winkel verwendet. Es handelt sich dabei um ein gleichseitiges Dreieck. Es darf auf keinen Fall eine andere Farbe, auch nicht hellrot/rosa, gewählt werden, da diese Farben den Faschisten zur Kennzeichnung anderer Häftlingsarten dienen. ... Es ist darauf zu achten, daß weder die Bezeichnung ›VVN‹ noch ›FIR‹ angebracht wird. Die erstgenannte Abkürzung bedeutet ›Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‹, die es in der DDR nicht gibt; ...« (a. a. O., S. 24 f.). Es werden auch Hinweise gegeben für Gestaltungselemente wie Wege-, Straßen- und Platzausbildungen sowie für zu verwendende Materialien und Pflanzen.
- 6 Annette Leo, »Antifaschismus und Kalter Krieg. Eine Geschichte von Einengung, Verdrängung und Erstarrung«. In: Geschichte wird Erinnerung. Zum 50. Jahrestag der Befreiung im Land Brandenburg. Berichte, Dokumente, Essays, Fotos, hrsg. v. Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1995, S. 178–181, hier S. 179.
- 7 So das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Franz Dahlem, in seinem Referat, indirekt zitiert nach Annette Leo, »Antifaschismus und Kalter Krieg«, a. a. O., S. 180.
- 8 Olaf Groehler, a. a. O., S. 27 f., dort auch detailliert zu den Gründen für die Auflösung der VVN.
- 9 Volkhard Knigge, »Opfer, Tat, Aufstieg«. Vom Konzentrationslager Buchenwald zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR. Versteinertes Gedenken – Das Buchenwalder Mahnmal von 1958, hrsg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora und des Kuratoriums Schloß Ettersburg e. V., Band 1, Spröda 1997, S. 46 f.
- 10 Vgl. Annette Leo, »Als antifaschistischer Staat nicht betroffen? Die DDR und der Holocaust«, in: Bernd Faulenbach/Helmuth Schütte (Hrsg.), Deutschland, Israel und der Holocaust. Zur Gegenwartsbedeutung der Vergangenheit, Essen 1998 (Geschichte und Erwachsenenbildung, Band 7), S. 89–104, hier S. 97.

Sinti und Roma wurden erst Ende der 80er Jahre als »Verfolgte des Naziregimes« anerkannt. Auf Grab- und Gedenksteinen für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sprechen die Inschriften meist von »antifaschistischen Widerstandskämpfern«. Auch jüdische Opfer wurden auf Gedenksteinen und -tafeln vielfach als solche bezeichnet und mit dem Emblem des Dreiecks vereinnahmt, wie auch andere Opfer generell zu Widerstandskämpfern erklärt wurden. Konkrete biographische Angaben und historische Geschehnisse wurden durch schematische Texte und Standardformeln, zum großen Teil zentral vom Institut für Denkmalpflege in der DDR empfohlen oder auch vorgegeben, verdeckt.

Hier darf jedoch nicht vergessen werden, daß auch in der alten Bundesrepublik die Opfergruppen der Zigeuner, Geisteskranken und Behinderten, Homosexuellen, sogenannten »Asozialen« sowie die Opfer der NS-Militärjustiz bis in die 80er Jahre und länger weitgehend verdrängt und »vergessen« wurden, zum Teil noch heute tabuisiert werden, und daß der kommunistische Widerstand ausgegrenzt wurde gegenüber einer idealisierten Darstellung des militärischen und bürgerlichen Widerstands. Die Erinnerung an die NS-Zeit war eingebunden in den innerdeutschen Systemkonflikt, und Verfolgung und Widerstand der Arbeiterbewegung rückten im Westen erst seit den 70er Jahren verstärkt ins Bewußtsein. Würden wir für die alte Bundesrepublik die Sicht auf die offizielle Erinnerungs- und Gedenkpolitik beschränken, ergäben sich auch hier weiß-graue Flecken für Verdrängungstendenzen, selektierte Geschichtsbilder und falsche Gewichtungen. Für den Westen besteht kein Grund zu Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit. Auch die Sprache des öffentlichen Gedenkens zeigt in Westdeutschland vergleichbare Verallgemeinerungen, Entdifferenzierungen und Entkonkretisierungen durch standardisierte Texte und pauschale Formeln statt der Benennung von Opfern, Tätern und Ereignissen. So wurde und wird bis in die Gegenwart der ungleichen Toten des »Dritten Reiches« pauschal gedacht als »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«¹¹.

Nach dem Beitritt der DDR wurde diese Formel dort im Zuge von Umgestaltungen und Umwidmungen vielfach übertragen, oft durch neue Pauschalisierungen und Nivellierungen wie »Zum Gedenken an die Opfer totalitärer Regime« oder gar an die Opfer »jeglicher Gewaltherrschaft« zusätzlich abstrahiert.

Anfang der 50er Jahre setzte ein bis zum Ende der DDR anhaltender Kult um den von den Nationalsozialisten am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann ein, bei dem dieser symbolisch für den Antifaschismus und für die führende Rolle der SED

stehen sollte¹². Er wurde Namensgeber für ungezählte Straßen, Plätze, Betriebe, Schulen, Institutionen und Organisationen wie die nach ihm benannte Pionierorganisation, und in zahlreichen Städten und Dörfern wurden Thälmann-Gedenksteine, -tafeln und -Denkmäler errichtet. Das erste Ernst-Thälmann-Denkmal wurde im August 1958, am Vorabend seines Todestages und einen Monat vor der Einweihung der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald«, in der Stadt Weimar unterhalb des Bahnhofs enthüllt, auf dem heutigen Buchenwaldplatz, früher nach der Anzahl der Toten von Buchenwald »Platz der 56 000« genannt. Mit wenigen Ausnahmen haben die meisten Standorte keine biographischen Anknüpfungspunkte, gibt es kein konkretes Erinnern an Begegnungen und Geschehnisse vor Ort. Gemeint war in erster Linie das Bild Thälmanns als wichtigste Identifikationsfigur der DDR-Staatsdoktrin, zum Mythos stilisiert. Das monumentale Thälmann-Denkmal in Berlin-Prenzlauer Berg zeigt den hohen Legitimationsbedarf der DDR.

Viele der Gedenksteine, -tafeln und Denkmäler wurden nach der politischen Wende entfernt, wobei in der öffentlichen Debatte allerdings vielfach vergessen oder verdrängt wurde, daß Ernst Thälmann auch ein NS-Opfer war. Eine 1992 als »geschäftsschädigend« abgeräumte Thälmann-Bronzeplastik vor dem früheren Schwermaschinenbau-Kombinat Ernst Thälmann (SKET) in Magdeburg wurde zwei Jahre später aus Gründen der »Geschäftsbelebung« und der Identifikation der Belegschaft mit ihrem Thälmann-Werk erneut aufgestellt (s. Kapitel Sachsen-Anhalt).

Auch konkretes Erinnern an weniger prominente kommunistische NS-Opfer wurde nach 1989 in vielen Orten getilgt. So wurde eine 1960 im Hauptpostamt Greifswald angebrachte Gedenktafel für Auguste Bollnow, langjährige Mitarbeiterin bei der Post und, wie auf der Tafel hervorgehoben, Mitglied der Kommunistischen Partei, die 1942 wegen »Verächtlichma-

11 Entscheidend dazu beigetragen hat auch der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der bei der Ausgestaltung der offiziellen Gedenkkultur eine maßgebliche Rolle spielte. Vgl. Peter Reichel, a. a. O., überarb. Ausgabe, S. 20. Zu Denkmälern in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit siehe auch Stefanie Endlich, »Vergangenheit vergegenwärtigt. Einige Anmerkungen zur Denkmalsdiskussion«, in: Orte des Erinnerns, Band 1: Das Denkmal im Bayerischen Viertel, hrsg. v. Kunstamt Schöneberg, Schöneberg Museum in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 1994 (Reihe Deutsche Vergangenheit, Band 118), S. 14–27, hier S. 14 f.

12 Vgl. Annette Leo, »Stimme und Faust der Nation ... < – Thälmann-Kult kontra Antifaschismus«, in: Jürgen Danyel (Hrsg.), a. a. O., S. 205–211.

chung« der Nationalsozialisten und Bezeichnung Hitlers als Massenmörder im Frauengefängnis Leipzig ermordet wurde, 1991/93 entfernt, da sie »nicht mehr die uneingeschränkte Zustimmung aller Beschäftigten und Postkunden« finden würde (s. Kapitel Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald). Auch ein Gedenkstein im brandenburgischen Haselberg zur Erinnerung an den im April 1945 von SS-Leuten getöteten kommunistischen Wriezener Stadtverordneten Fritz Dornbusch wurde nach 1990 als »leider der Zeit geschuldet« entfernt (s. Kapitel Brandenburg). Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Fast völlig hinter dem Bild des politischen Widerstands verschwand im offiziellen Geschichtsbild und Gedenken der DDR die Geschichte der Judenverfolgung. Der nationalsozialistische Völkermord hatte keinen Platz in der Faschismustheorie, wonach vor allem eine kleine Gruppe von Monopolkapitalisten für den Aufstieg des Nationalsozialismus verantwortlich, der Großteil der Bevölkerung aber moralisch und politisch entlastet war¹³. Als »rassisch Verfolgte« oder »Opfer der Nürnberger Gesetzgebung«, so der administrative Sprachgebrauch in der DDR, rangierten jüdische Opfer moralisch und später auch in der fürsorglichen Betreuung hinter politischen Gegnern, vor allem Kommunisten, und »Kämpfern gegen den Faschismus«. Seit dem Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der tschechoslowakischen KP Rudolf Slanský und andere Mitangeklagte Ende 1952 in Prag, bei dem die meisten der Verurteilten Juden waren, erhielt der offizielle Antifaschismus eine antisemitische Tendenz. Eine als »antizionistisch« charakterisierte Verfolgungs- und Verhaftungswelle drängte SED-Mitglieder jüdischer Herkunft aus leitenden Positionen, viele Mitglieder und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden flohen aus der DDR in den Westen¹⁴.

13 Vgl. Herfried Munkler, »Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 45/98, S. 16–29, hier S. 22 f.; s. auch Y. Michal Bodemann, *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*, Hamburg 1996, v. a. S. 100–111.

14 Zu fünf verschiedenen Entwicklungsphasen der SBZ/DDR im Umgang mit der Judenvernichtung vgl. Annette Leo, »Als antifaschistischer Staat nicht betroffen?«, a. a. O., S. 93–102; für Sachsen s. Nora Goldenbogen, »Säuberungen« und Antisemitismus in Sachsen 1949 bis 1953«, in: *Historische Blätter* 1/1992 (hrsg. v. Verein für regionale Politik und Geschichte Dresden e. V.), S. 19–25.

15 Helmut Eschwege in einem Brief aus Dresden vom 11. November 1988 an die Verfasserin dieser Einleitung. Der Historiker verstarb am 19. Oktober 1992.

Die nationalsozialistische Judenverfolgung wurde von Anfang an zwar immer mitthematisiert. So wurde 1954 auf dem Lagergelände in Buchenwald ein Gedenkstein eingeweiht für die fast 10 000 Juden, die dort nach der »Reichskristallnacht« vom 9./10. November 1938 von der SS eingepfercht und mißhandelt worden waren. Jüdische Opfer wurden schon frühzeitig genannt. Ihre Nennung in Ausstellungen hatte aber »die Funktion eines besonders starken, wenn nicht des stärksten Belegs für Bestialität des Nationalsozialismus und sozusagen die Reichweite der Entartung des Kapitalismus in seinen Bündnispartnern, für die größte Grausamkeit« (Volkhard Knigge). Darüber hinaus verschwanden sie in der Verallgemeinerung der Opfergruppen als »antifaschistische Widerstandskämpfer«. In der »Straße der Nationen« des Mahnmals Buchenwald ehrte der DDR-Staat die Juden und die Sinti und Roma unter den KZ-Opfern als Tote verschiedener Staatsangehörigkeit, »ohne Unterschied der Rasse, Religion und Weltanschauung«, wie es offiziell hieß. In der Gedenkstätte Sachsenhausen war die den jüdischen Häftlingen in der Baracke 38 gewidmete Ausstellung von 1961 eine Mischung aus allgemeinen politischen Lehrsätzen nach dem parteioffiziellen Geschichtsbild und fragmentarischen Zeitzeugnissen; ihr Schicksal und ihre besondere Benachteiligung im KZ Sachsenhausen wurden kaum dargestellt.

Die Entdifferenzierung der Opfer in der DDR-Zeit führte nach 1989 in manchen Fällen wie zum Beispiel im brandenburgischen Glienicke zur Tilgung von Namen für Schulen oder andere Einrichtungen und zur Abräumung von Gedenksteinen und -tafeln, weil die jüdische Herkunft ihrer kommunistischen Namensgeber und erinnerten antifaschistischen Opfer nicht bekannt war – vielleicht hätte man sie andernfalls erhalten (?).

Die Judenvernichtung wurde erst Ende der 80er Jahre im Zusammenhang mit außenpolitischen Erwägungen der DDR zu einem zentralen Thema des offiziellen Gedenkens. Als Anlaß diente der 50. Jahrestag des Novemberpogroms von 1938. Der Historiker und Kommunist Helmut Eschwege, ein Jude aus Dresden, schrieb am 11. November 1988 in einem Brief: »Zur Zeit geht hier über die DDR eine Walze von Veranstaltungen, sei es von staatlicher wie von kirchlicher Seite anlässlich des 50. Jahrestags der ›Kristallnacht‹ nieder, die in Philosemitismus umschlägt. Dafür wurde die Hetze gegen Israel und den Zionismus auf Sparflamme gesetzt. Es ist wie ein Wechselbad. Für die 360 Juden in der DDR ist es geradezu peinlich, wenn auch so manche unter ihnen da voll mitmachen.«¹⁵ Der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker legte persönlich den Grundstein für den Wiederaufbau der Neuen Synagoge in der Ora-

nienburger Straße in Berlin-Mitte. In vielen Städten und Gemeinden wurden an ehemaligen Synagogen und anderen Stätten früheren jüdischen Lebens Gedenksteine errichtet und Gedenktafeln angebracht, jüdische Friedhöfe wurden restauriert, auf zahlreichen Veranstaltungen wurde der Vertreibung und Ermordung der Juden gedacht. In der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück wurde 1987 ein Gedenkstein für die ermordeten Juden ergänzend zu den Tafeln für die Opfer aus 20 Nationen in ein Rosenbeet eingelassen. Nach dem politischen Umbruch schließlich gab die Volkskammer der DDR am 12. April 1990 eine Erklärung ab, in der es hieß: »... das erste frei gewählte Parlament der DDR bekennt sich im Namen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zur Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande. ... «¹⁶

Die großen »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« der DDR

Während in der Bundesrepublik bis Mitte der 60er Jahre kein offizielles Interesse an der Einrichtung von Gedenkstätten an Orten früherer Konzentrationslager bestand, errichtete die DDR auf dem Gelände der ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, getragen durch gesellschaftliche Aufmerksamkeit und unterstützt durch Spenden aus der Bevölkerung, »Nationale Mahn- und Gedenkstätten«. Diese wurden dem Ministerium für Kultur unterstellt; die Planung begann 1954 mit der Bildung eines dem Ministerrat der DDR zugeordneten Kuratoriums, das für die Beachtung politischer Leitlinien und Vorgaben bei ihrer Gestaltung sorgte. Sie hatten für die DDR identitätsstiftende Bedeutung. Der Begriff »Nationale Mahn- und Gedenkstätte« (NMG) verdeutlichte den vom SED-Staat, der sich als der bessere deutsche Staat verstand, erhobenen Anspruch. Als erste wurde die Gedenkstätte Buchenwald bei Weimar mit der monumentalen Denkmalsanlage am Südhang des Ettersbergs, Grabstelle von über 3 000 Toten des Konzentrationslagers, eingeweiht. Historisch bedeutsame Reste des Konzentrationslagers wie die noch bestehenden Barackenruinen waren zum großen Teil zerstört oder systematisch abgerissen worden. Auf dem Platz vor dem fünfzig Meter hohen, weit ins Land weisenden Glockenturm am Ende des Mahn-

malweges fand am zweiten Sonntag im September 1958, dem »Tag für die Opfer des Faschismus«, die Einweihung statt, die als bis dahin größter Staatsakt der DDR mit starkem politischem Akzent inszeniert wurde. Der Hauptredner Otto Grotewohl, Ministerpräsident der DDR, stellte die Teilung Deutschlands in zwei Staaten als eine Teilung durch Friedfertigkeit und Fortschritt auf der einen und Militarismus und Reaktion auf der anderen Seite dar. In seinen Schlußworten übergab er die Gedenkstätte »auf dem Ettersberg, der mitten im Herzen Deutschlands« liege, »dem deutschen Volke und den Menschen guten Willens in allen anderen Ländern«.¹⁷ Buchenwald nahm unter den »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« den ersten Rang ein: Hier wurde der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann, Symbol für den Führungsanspruch der Partei, ermordet, und hier konnte das »Heldentum der antifaschistischen Widerstandskämpfer«, an deren Vermächtnis die DDR anknüpfte, nachdrücklich demonstriert werden. Es kulminierte in der »Selbstbefreiung der Häftlinge«, welche These auch die Funktion des Geltendmachens eigener politischer Gestaltungsansprüche gegenüber der Sowjetunion hatte¹⁸.

Als Ort des einzigen für Frauen bestimmten Konzentrationslagers wurde auch Ravensbrück am Schwedtsee »Nationale Mahn- und Gedenkstätte«, eingeweiht 1959. Sie wurde am Rande des vormaligen KZ-Geländes errichtet, während das Lagergelände selbst weitgehend Kasernengelände der Sowjetarmee wurde.

Am 24. April 1961, vier Monate vor dem Bau der Mauer in Berlin, eröffnete Staatsratsvorsitzender und SED-Chef Walter Ulbricht die »Nationale Mahn- und Gedenkstätte« Sachsenhausen. In seiner Rede

16 Zitiert nach: Jeffrey Herf, a. a. O., S. 431.

17 Zitiert nach: Manfred Overesch, Buchenwald und die DDR oder die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995, S. 326 f.; siehe darin insbesondere Kapitel 6, S. 298 ff., über die Einweihung der Gedenkstätte und ihre Vorgeschichte sowie, sehr eindrucksvoll dargelegt, zur Vorgeschichte und Bedeutung des Ettersberger Glockenturms. Der Autor bedauert das Desinteresse der alten Bundesrepublik an Buchenwald, wo »die wichtigste politische Programmschrift für ein modernes demokratisches Deutschland nach dem Dritten Reich, verankert in einer europäischen Staatengemeinschaft« verfaßt (von dem thüringischen Landespolitiker Hermann Brill, Buchenwald-Häftling, 1945 erster Ministerpräsident Thüringens) und am 13. April 1945 verkündet worden sei. Der Westen Deutschlands habe Buchenwald »preisgegeben und sein politisches Erbe nie bedacht«, es »ganz und gar der östlichen Ausschlichtung« überlassen (S. 16 f., S. 323 f., S. 328).

18 Vgl. Herfried Münkler, a. a. O., S. 26.

wehte er die Gedenkstätte »dem Gedenken an die ungezählten Märtyrer und Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes«. Daß in Sachsenhausen und anderen Konzentrationslagern Menschen auch aus rassistischen Gründen, nur weil sie Juden waren, ermordet wurden und nicht wegen ihrer politischen Überzeugungen und Handlungen und daß auch unter den politischen Häftlingen Juden waren, erwähnte er nicht. Mit ähnlichen Worten wie Otto Grotewohl in Buchenwald führte er aus, daß die DDR im Unterschied zur Bundesrepublik die richtigen Lehren aus der Geschichte gezogen habe: »... wir haben den militaristischen und reaktionären Ungeist, der die deutsche Vergangenheit unheilvoll beeinflusste, bewältigt, indem wir Nationalsozialismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet haben.«¹⁹ Trotz der historischen Bedeutung des KZ Sachsenhausen als Modell- und Schulungslager der SS und nicht zuletzt als Sitz der Verwaltungszentrale aller Konzentrationslager, der »Inspektion der Konzentrationslager«, und trotz der unmittelbaren Nähe der Gedenkstätte zu Berlin blieb Sachsenhausen in der DDR-Zeit der Gedenkstätte Buchenwald nachgeordnet.

Die Einrichtung einer vierten »Nationalen Mahn- und Gedenkstätte« am Ort des früheren Zuchthaus Brandenburg-Görden wurde erst 1987, in der Endphase der DDR, beschlossen. Dies hing nicht nur, aber auch mit dem zunehmenden Personenkult um Erich Honecker zusammen, der von 1937 bis 1945 als Funktionär des kommunistischen Jugendverbands im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert war. Das als Kern der Gedenkstätte geplante »Museum des antifaschistischen Widerstandskampfes« wurde nicht mehr realisiert.

Zu den Aufgaben der Gedenkstätten, wie sie im »Statut der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte«, veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR vom 4. September 1961 (Teil II, Nr. 61, Seite 381 f.), formuliert wurden, gehörte, »den wiedererstandenen Faschismus und Militarismus in Westdeutschland« und »die historische Rolle der Deutschen Demokratischen Republik darzustellen und zu erläutern«. Nach diesen Vorgaben wurden die Ausstellungen in den Lagermuseen der Gedenkstätten erarbeitet, die in mancher Hinsicht austauschbar waren, da die eigentliche Geschichte des jeweiligen Lagers nur unzureichend behandelt wurde. Dies macht deutlich, wie insbesondere die »Nationalen Mahn- und Gedenk-

stätten« zur Selbstlegitimation der DDR und als Instrument in der Ost-West-Auseinandersetzung benutzt wurden. Nicht die umfassende historische Dokumentation und eine Auseinandersetzung mit dem konkreten Geschehen standen im Vordergrund, sondern das anleitende Motiv war, den SED-Staat über die Geschichte in der Interpretation der Partei zu legitimieren. Symbolisch veranschaulicht diese Zielsetzung zum Beispiel auch eine »OdF«-Mahnmalanlage im brandenburgischen Strausberg (s. dort), wo auf einem Wandbild aus dem Jahre 1980 unmittelbar bildnerisch und in selten direkter Form eine Kontinuitätslinie von Leiden, Tod und Widerstandskampf in einem Konzentrationslager zur aktuellen Politik des SED-Staates gezogen wird.

Allen ideologischen Einwänden zum Trotz besaßen die »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« jedoch mit Forschungs- und pädagogischen Abteilungen, Archiven und einer Verwaltung die richtige Struktur. Ausstattung und Arbeit der DDR-Gedenkstätten waren eine Zeitlang eine Herausforderung für Westdeutschland, wo die Errichtung oder der Ausbau von Gedenkstätten an Orten ehemaliger Konzentrationslager oder an anderen Verfolgungsorten erst in den 70er und 80er Jahren durch Gedenkstätten-Initiativen »von unten erkämpft« worden sind. Über den Abriß authentischer Gebäude waren im Westen zum Teil die gleichen falschen Entscheidungen getroffen worden.

Sowjetische Internierungslager der Nachkriegszeit

Nichts wies in den »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« Buchenwald und Sachsenhausen auf die weitere Nutzung dieser nationalsozialistischen Konzentrationslager nach 1945 hin. In der Sowjetischen Besatzungszone wurden 1945 zehn sogenannte »Speziallager« eingerichtet, die dem sowjetischen Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten (NKWD) unterstanden; sie trugen die Ordnungszahlen 1 bis 10: Mühlberg/Elbe, Buchenwald, Berlin-Hohenschönhausen, Bautzen, Fürstenwalde (Ketschendorf), Lieberose (Jamlitz), Sachsenhausen, Torgau (Fort Zinna), Neubrandenburg-Fünfeichen und Torgau (Seydlitz-Kaserne). Nach Auflösung der kleineren Lager bis 1947 wurden die Inhaftierten auf die übrigen Lager verteilt, nach einer Entlassungswelle 1948 blieben nur die drei erst 1950 aufgelösten Lager Sachsenhausen (Nr. 1, vorher Nr. 7), Buchenwald (Nr. 2) und Bautzen (Nr. 3, vorher Nr. 4) bestehen.²⁰ In diesen Lagern sollten – auf der Grundlage alliierter Vereinbarungen – NS- und Kriegsverbrecher sowie Funktionsträger des Systems bis zu ihrer Verurteilung interniert werden. Dies wurde auch in den westlichen Besatzungszonen praktiziert; auch dort wurden auf dem Gelände ehemaliger Konzentrations-

19 Zitiert nach Jeffrey Herf, a. a. O., S. 215.

20 Vgl. Hermann Weber, »Das System der »Speziallager« in der SBZ«, in: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes, a. a. O., S. 28–37; ders., Vorwort zu Achim Kilian, Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKW-Lager Mühlberg/Elbe 1945–1948, Leipzig 1992, S. 7–17.

lager wie Dachau und Neuengamme Internierungslager eingerichtet.²¹ Doch wurden in den sowjetischen »Speziallagern« nicht nur Funktionsträger des NS-Regimes inhaftiert, sondern auch eine große Anzahl willkürlich festgenommener Unschuldiger, darunter zahlreiche Jugendliche, und mehr und mehr potentielle und tatsächliche Gegner der sowjetischen Besatzungspolitik oder der SED sowie Kritiker des Stalinismus; auch NS-Gegner, die schon Häftlinge nationalsozialistischer Konzentrationslager waren, gerieten in die sowjetischen Lager. Die meisten der Gefangenen wurden nie angeklagt oder vor ein Gericht gestellt. Nach Zahlen, die 1990 vom sowjetischen Innenministerium auf der Grundlage sowjetischer Archivdokumente veröffentlicht wurden, verstarben von 1945 bis 1950 über ein Drittel der rund 125 000 ohne Urteil in den Lagern Inhaftierten an Hungerschwäche und Krankheiten. Man nannte die Lager »Schweigelager«, die Inhaftierten blieben von der Außenwelt völlig isoliert, die Angehörigen wurden nicht benachrichtigt, selbst über den Tod von Gefangenen nicht informiert, und Entlassene wurden vorher zum Schweigen verpflichtet. Die bis 1989/90 verheimlichte Geschichte der »Speziallager« und die damals aufgefundenen Massengräber aus der Nachkriegszeit im Umfeld der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen sowie bei den ehemaligen Kriegsgefangenenlagern Fünfeichen (Neubrandenburg) und Mühlberg und an anderen Orten schockierten die Öffentlichkeit sowohl in Ost- wie in Westdeutschland und waren Thema in allen Medien. Anfang der 90er Jahre begann eine umfassende Forschung zu dieser Nachkriegsgeschichte.²²

Die vorliegende Dokumentation bezieht die Nachkriegsgeschichte der nationalsozialistischen Verbrechensorte, die wie die ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen oder Gefängnisse und Justizgebäude wie in Bautzen, Dresden, Halle und Torgau, ehemalige Kriegsgefangenenlager wie Fünfeichen (Neubrandenburg) und Mühlberg oder KZ-Außenlager wie Lieberose (Jamlitz) und andere Orte doppelt belastet sind durch das an denselben Orten von der sowjetischen Besatzungsmacht und vom SED-Staat neu begangene Unrecht, sowie die dort erst nach 1989 mögliche Erinnerung an die Opfer politischer Verfolgung mit ein.

Nach 1989/90 eingerichtete bzw. im Aufbau befindliche oder geplante Gedenkstätten für Opfer politischer Gewalt in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR sind – mit Ausnahme kurzer Hinweise wie etwa auf die Gedenkstätte in der ehemaligen Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen – in diesen Band, der dem Erinnern und Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung gewidmet ist, nicht einbezogen. Deren Darstellung bleibt,

in bewußter thematischer Differenzierung und Trennung der Ebenen von Ursachen und Folgen, einem gesonderten Band vorbehalten.²³

Nur »verordneter« Antifaschismus?

Alle berechnete und notwendige Kritik am staatlich administrierten Antifaschismus der DDR, an seiner legitimatorischen Funktion, an der antifaschistischen Geschichtspromulganda der SED und den damit verbundenen Feindbildern und Verdrängungen rechtfertigt nicht, meine ich, wie es im Westen üblich und opportun geworden ist, den Antifaschismus pauschal zu verurteilen, ihn kurzerhand abzutun als »staatlich verordnet« und nur Lebenslüge des SED-Regimes. Dabei wird vergessen, »daß sich staatliche Instrumentalisierung (zur falschen Legitimation und zur Geschichtsfälschung) und aufrichtiges persönliches Empfinden vieler einzelner in ihrem Erleben gerade nicht decken«. ²⁴ Persönlich erlebtes und gelebtes Erinnern und Gedenken war differenzierter als die ideologischen Standardformeln des staatlichen antifaschistischen Rituals. Vielen Menschen in der DDR, nicht zuletzt Überlebenden und Angehörigen von NS-Opfern, waren und sind Antifaschismus, Erin-

21 Vgl. Internierungspraxis in Ost- und Westdeutschland nach 1945. Eine Fachtagung, hrsg. von der Gedenkstätte Buchenwald/Bodo Ritscher und von den Landeszentralen für politische Bildung Hessen/Renate Knigge-Tesche und Thüringen/Peter Reif-Spirek, Erfurt 1993. Auch zur Geschichte der Internierungslager im Westen besteht noch ein Forschungsbedarf.

22 Vgl. Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. von Sergej Mironenko/Lutz Niethammer/Alexander von Plato, in Verbindung mit Volkhard Knigge/Günter Morsch, Band 1: Studien und Berichte, Band 2: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Berlin 1998, Band 3: Sowjetische Dokumente zu den Haftbedingungen (Erscheinen für 2001 vorgesehen); zum Forschungsstand vgl. Die sowjetischen Speziallager in Deutschland 1945–1950. Eine Bibliographie, hrsg. von Bodo Ritscher, Rosmarie Hofmann u. a. im Auftrag der Gedenkstätte Buchenwald, Göttingen 1996. Detailstudien zu einzelnen »Speziallagern« siehe in der vorliegenden Dokumentation Literaturhinweise unter den jeweiligen Orten.

23 Vorgesehenes Projekt in Kooperation mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die im November 1998 ihre Arbeit in Berlin aufnahm.

24 Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in seinem Eröffnungsvortrag anlässlich des Geschichtsforums »Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte?« im Preußischen Landtag in Berlin am 28. Mai 1999, veröffentlicht in: Deutschland Archiv 4/1999, S. 633–643, hier S. 638.

nern und Gedenken ein persönliches Anliegen, das nicht »verordnet« werden konnte. Die ostdeutsche Gesellschaft bestand schließlich nicht nur aus ideologisch verbohrteten Stalinisten und Funktionären des Zentralkomitees der SED. Bei Gründung der DDR gab es viele Idealisten, die nach dem Krieg ein besseres Deutschland aufbauen wollten. Viele Menschen fühlten sich nach dem Terror des NS-Regimes sozialistischen Ideen verpflichtet.

Durch spektakuläre Ereignisse wie das Auffinden der zahlreichen Gräber der sowjetischen Internierungslager im Umfeld der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen und der Bau eines Supermarkts in der Nähe der Gedenkstätte Ravensbrück im Sommer 1991 gerieten die Gedenkstätten ins Rampenlicht der Öffentlichkeit, und das Thema Lager und Gedenkstätten erlangte öffentliche Aufmerksamkeit wie kaum je zuvor. Die heftige Debatte um den – später nicht eröffneten – Supermarkt an der zur Gedenkstätte Ravensbrück führenden Straße fand ihren Niederschlag in vielfach nicht präzisen und in der Gesamtwertung meist wenig differenzierten Presseberichten, die den komplizierteren Verhältnissen vor Ort nicht gerecht wurden. Vor allem die westdeutsche Presse titelte mit schnellen Begriffen wie »Auf den Gräbern blüht der Konsum – Verbaute Erinnerung – Im (!) ehemaligen KZ Ravensbrück entsteht ein Supermarkt«²⁵. Obwohl die Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die konzeptionelle Neugestaltung der Gedenkstätten in Brandenburg ihre Tätigkeit schon aufgenommen hatte, kam es in Teilen der Öffentlichkeit im In- und Ausland, die durch internationale Häftlingskomitees und andere Organisationen darin bestärkt wurden, zu Befürchtungen, der Konflikt sei Ausdruck von Geschichtsverdrängung und Abkehr des vereinigten Deutschlands von der Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen. Dieses Mißtrauen wurde erneut genährt durch den Brandanschlag auf die jüdische Baracke in Sachsenhausen im September 1992, durch den der deutschen wie der internationalen Öffentlichkeit die Gefährdung dieses Ortes und auch anderer authentischer Orte der Erinnerung an NS-Verbrechen drastisch vor Augen geführt wurde. Schnell wurden von manchen der Bau des Supermarkts in Ravensbrück und der Brandanschlag in Sachsenhausen auch als ein Beweis für die angebliche Wirkungslosigkeit des »verordneten« Antifaschismus und der antifaschistischen Erziehung in der DDR, die eher zu Überdruß und Abkehr von

Gedenken und Thema geführt habe, interpretiert. Es spricht jedoch vieles dafür, daß die antifaschistische Erziehung nicht wirkungslos blieb. So hat, obwohl »verordnet«, das heißt obligatorisch für alle Schülerinnen und Schüler, der Besuch von Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen manche für ihr Leben geprägt im Sinne einer Bindung an die Sache. Beeindruckend nach meinem Empfinden sind – trotz ihrer »Verordnung von oben« durch SED-Kreisleitungen und andere Stellen und trotz ihrer daher standardisierten, den Informationsgehalt einschränkenden Texte und der gleichförmigen Gestaltung – die zahlreichen in den 70er und 80er Jahren neu oder ergänzend zu bereits vorhandenen Gedenksteinen aus frühen Nachkriegsjahren an der Wegstrecke der »Todesmärsche« der KZ-Häftlinge im Frühjahr 1945 in vielen Gemeinden aufgestellten Tafeln und Mahnmale (»Todesmarschstelen«). Sind sie nur als »Zeichen ideologischen Erfüllungsdenkens«²⁶ zu werten? In den Gemeinden wurden und werden sie auch heute noch, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, angenommen und gepflegt. Sie lassen Vorbeikommende, insbesondere auch Ortsfremde, innehalten, erinnern sie, und sei es auch nur für den Moment, an dieses Stück grauenvoller Geschichte in den letzten Wochen und Tagen des Krieges, das sonst vielleicht in Vergessenheit geraten wäre. Sie sollten, inzwischen selbst auch Dokumente der Geschichte der Erinnerung in Ostdeutschland, erhalten bleiben.

Neuorientierungen und Umgestaltungen nach dem politischen Umbruch

In der DDR kam im Laufe der 80er Jahre zunehmend Kritik auf an der Parteilichkeit des staatlich ritualisierten Antifaschismus. In kirchlichen und in einzelnen Gruppen der Bürgerbewegung bildeten sich Arbeitskreise, die sich mit der regionalen und lokalen NS-Geschichte und mit dem Schicksal der Juden in den Gemeinden befaßten. Es kam zu allmählichen Differenzierungen im offiziellen Geschichtsbild der DDR. In Ausstellungen wie in der Gedenkstätte Buchenwald gab es Ansätze einer detaillierteren historischen Dokumentation. Nach vorausgegangenen jahrelangen Bemühungen und Vorarbeiten konnte im September 1989 im Psychiatrischen Krankenhaus Bernburg (s. Sachsen-Anhalt) eine später erweiterte Gedenkstätte für die Opfer der NS-«Euthanasie«-Morde mit Ausstellung und pädagogischer Betreuung eröffnet werden.

Grundlegende Neuorientierungen und Umgestaltungen wurden jedoch erst nach 1989/90 eingeleitet. Der politische Umbruch führte zu tiefgreifenden Auswirkungen und Veränderungen von Inhalten und For-

25 »Kölner Stadtanzeiger« v. 16. Juli 1991.

26 So der Bildhauer Wieland Schmiedel aus Crivitz zu den emaillierten Standard-Tafeln von 1976 für die Opfer der »Todesmärsche« von Sachsenhausen und Ravensbrück.

men des Gedenkens. Vielfach gab es Ungeduld und Empörung, die Um- und Neugestaltungen von Ausstellungen und andere Veränderungen würden nicht zügig genug vorangetrieben – als wäre es hier allein mit einem schnellen Auswechseln von Bildern getan. Manchen solcher Kritiker im Westen, die sich in der alten Bundesrepublik kaum um Fragen des Erinnerns und Gedenkens gekümmert haben, darf dabei eine recht vordergründige Sorge um die NS-Opfer und um Entideologisierung und Differenzierung in den ostdeutschen Gedenkstätten unterstellt werden. Die wiedererstandenen Länder Brandenburg und Thüringen beriefen im Juni bzw. September 1991 *Expertenkommissionen*, denen Geschichtswissenschaftler und Gedenkstättenpezialisten angehörten und die ein breites Spektrum von Verfolgten- und Opferverbänden in ihre Arbeit einbezogen. Die Kommissionen setzten sich mit den Spezifika und den Defiziten der »Nationalen Mahn- und Gedenkstätten« der DDR auseinander und mit dem Verhältnis der stalinistischen »Speziallager« der Nachkriegszeit zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, zumal wenn sie wie in Buchenwald und Sachsenhausen auf den vormaligen KZ-Geländen eingerichtet wurden, mit der Frage nach dem Gegenwartsbezug der NS-Vergangenheit sowie mit den früheren Funktionen der Gedenkstätten und mit ihren Aufgaben im vereinigten Deutschland. Die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen definierten einen Rahmen für den Prozeß der Umgestaltung.²⁷ Ihre Empfehlung, die zu erarbeitenden Ausstellungen über die Nachkriegslager in Buchenwald und Sachsenhausen räumlich zu trennen von den Ausstellungen zu den NS-Konzentrationslagern und den thematischen Schwerpunkt auf die Geschichte der Konzentrationslager und ihrer Opfer zu legen, löste bei den oft konträr zueinander stehenden Verfolgtenverbänden beider Vergangenheiten heftige Debatten aus. Schließlich akzeptierten viele jedoch den von den Kommissionen formulierten Grundsatz, daß bei der Gedenkstattengestaltung die NS-Verbrechen nicht durch das Unrecht der Nachkriegszeit relativiert und das Geschehen in der Nachkriegszeit nicht mit dem Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden dürften.²⁸

Zu den Empfehlungen der Expertenkommissionen gehörte auch die Dokumentation der Geschichte der KZ-Außenlager. Deren unzureichende Erforschung in der DDR – aber ähnlich auch in Westdeutschland – hing nicht zuletzt zusammen mit der weitgehenden Ausblendung des NS-Alltags, um Mitverantwortung und Verstrickung der Bevölkerung vor Ort und in der Region in die NS-Geschichte, hier in die Lagergeschichte und die Ausbeutung der Häftlinge durch Zwangsarbeit, zu verdecken. Einige ehemalige KZ-Außenlager

befanden sich im späteren gesperrten Grenzgebiet der DDR, weshalb ihre Gelände bis 1989 nicht zugänglich waren, so, um nur zwei Beispiele zu nennen, in Beendorf (s. Sachsen-Anhalt) oder in Ellrich (s. Thüringen). Das Gelände des 1944 auf einem Truppenübungsplatz in Ohrdruf (Thüringen) errichteten KZ-Außenlagers von Buchenwald, wo Tausende von Häftlingen in zwei Massengräbern beerdigt liegen, war bis 1990 und auch danach nicht zugänglich, da von der Sowjetarmee genutzt und nach deren Abzug von der Bundeswehr übernommen.

Schließlich empfahl die Historikerkommission für Buchenwald, »die politische Vorgeschichte und die Geschichte der NMG Buchenwald 1950–1990, ihre Gestaltung durch die DDR, ihre Verwendung zum Zweck der Staatspropaganda und ihre politische Instrumentalisierung in einem weiteren Kontext durch eine Dokumentation sichtbar zu machen«.

Eine wesentliche Bedeutung bei der Umorientierung der Gedenkstätten erhielt nicht zuletzt die bis dahin vernachlässigte Sicherung von Spuren und baulichen Überresten der Konzentrationslager, sind doch die ursprünglichen Orte, ihre Reste und Spuren materielle Zeugen der Geschichte – schließlich suchten die Nationalsozialisten nicht ohne Grund, die Spuren ihrer Verbrechen an vielen Orten zu verwischen. Darüber hinaus lassen sie uns eine unmittelbar physische Berührung mit der Geschichte spüren, prägen sich und ihre Geschichte auch physisch in unser Gedächtnis ein.

In den Ländern Brandenburg und Thüringen wurden, wie auch von den Expertenkommissionen empfohlen, 1993 die »Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten« mit Sitz in Oranienburg als Dachorganisation für die Gedenkstätten Sachsenhausen (mit der Außenstelle »Museum des Todesmarsches« im Wald von Below), Ravensbrück und die Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg sowie die

27 Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten – Januar 1992 –, in: Brandenburgische Gedenkstätten für die Verfolgten des NS-Regimes, a. a. O., S. 215–265; Zur Neuorientierung der Gedenkstätte Buchenwald: Die Empfehlungen der vom Minister für Wissenschaft und Kunst des Landes Thüringen berufenen Historikerkommission, Weimar-Buchenwald 1992 (auch veröffentlicht in der »Jahresinformation der Gedenkstätte Buchenwald 1991«, Weimar-Buchenwald 1992, S. 9–15).

28 Vgl. Bernd Faulenbach, »Gedenkstätten im gesamtdeutschen Diskurs«, a. a. O., S. 38–40; ders., »Erinnerung und Politik in der DDR und der Bundesrepublik«, a. a. O., S. 605 f.